

# BÜRGERRECHTE VIER JAHRE LANG OHNE ANWALT

In der Großen Koalition und einem Bundestag ohne Freie Demokraten waren die Bürgerrechte vier Jahre lang ohne Anwalt. Dabei ist das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit aus der Balance geraten. Wir Freie Demokraten sorgen für eine Rückkehr der Stimme der Freiheit und werden darauf drängen, dass die Grundrechte eingehalten und grundrechtswidrige Gesetze aufgehoben werden.

## Online-Durchsuchungen mit dem Bundestrojaner

In einer Nacht-und-Nebel-Aktion hat die Bundesregierung das Gesetz zur Online-Durchsuchung eingeführt. Durch die Hintertür als Änderungsantrag zu einem anderen Gesetz getarnt, wurde sich so der Beteiligung des Bundesrates und der Prüfung des Datenschutzbeauftragten entzogen. Der Staat kann mittels einer Software — dem Bundestrojaner — unbemerkt auf Smartphones, Tablets und Computer zugreifen. Der Staatsschutz fängt damit Nachrichten ab, bevor diese verschlüsselt werden. Solch massive Grundrechtseingriffe waren bislang zur Abwehr des internationalen Terrorismus dem Bundeskriminalamt (BKA) vorbehalten. Nun werden Befugnisse auf weitere Delikte und Behörden ausgedehnt. Der Staat hackt sich quasi in die digitalen Gehirne des Menschen und nutzt Sicherheitslücken aus, statt sie zu schließen. Wir legen Wert darauf, dass der Gesetzgeber auch ohne Gericht die Verfassung achtet.

## NetzDG fördert Populismus statt ihn zu bekämpfen

Soziale Netzwerke werden mit dem Netzwerkdurchsuchungsgesetz (NetzDG) verpflichtet, rechtswidrige Inhalte innerhalb von sieben Tagen zu löschen. Das beschlossene Gesetz macht die Netunternehmen damit zu Richtern. Denn sie müssen entscheiden, was rechtswidrig ist und was nicht. Um Inhalte zu löschen, müssen die Netzwerkbetreiber sämtliche Posts und Nachrichten auswerten. Das bedeutet einen massiven Einschnitt in die Privatsphäre der Nutzer. Für die Betreiber der Netzwerke heißt es, dass sie am besten so viel wie möglich löschen, um keine Bußgelder zahlen zu müssen. Das führt zu „Overblocking“, schränkt die Meinungsfreiheit ein, treibt die User in Filter-Blasen und fördert so den Populismus. Grund genug für uns Freie Demokraten, gegen das NetzDG Verfassungsbeschwerden einzureichen. Im Umgang mit rechtswidrigen Inhalten müssen Polizei und Staatsanwaltschaften strafbewehrte Postings konsequenter verfolgen. Hierzu müssen diese Behörden finanziell und personell angemessen ausgestattet werden. Gleichzeitig müssen die Betreiber ihrer Verantwortung nachkommen und Strategien zum Umgang mit Hass-Postings entwickeln.

## Unbescholtene Bürger unter Generalverdacht durch anlasslose Datenspeicherung

Seit Ende 2015 ist das von der Großen Koalition beschlossene Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung (VDS) in Kraft. Seither stehen alle Menschen unter Generalverdacht. Von jedem Einzelnen werden höchst sensible Daten über das persönliche Kommunikationsverhalten gesammelt, aus denen sich zum Beispiel vollständige Bewegungsprofile ableiten lassen. Der EuGH hat im Dezember 2016 bestätigt, was wir Freie Demokraten schon lange sagen: Die anlasslose Speicherung von Telekommunikationsdaten unbescholtener Bürger auf Vorrat verstößt gegen europäische Grundrechte. Die Bundesnetzagentur hat nun reagiert und die VDS vorläufig ausgesetzt. Die Bundesregierung sollte dem folgen und die VDS aus den Gesetzbüchern streichen!

## Freiheitsbeschränkungen, Staatsüberwachung und immer mehr Behördenchaos

Mit dem Fluggastdatengesetz werden Fluggesellschaften verpflichtet, ohne weiteren Anlass sensible Daten wie Adressen, Buchungs- und Zahlungsart oder E-Mail-Adressen über fünf Jahre hinweg zu speichern und an das BKA zu übermitteln. Die Bundesregierung geht mit diesem Gesetz weit über die EU-Richtlinien hinaus. So werden in Deutschland Fluggastdaten auch für Flüge innerhalb der EU gespeichert. Daneben will die Bundesregierung die Videoüberwachung im öffentlichen Raum ausbauen. Wie auch bei der VDS gibt es keinen Beweis, dass eine solche Maßnahme zur Prävention von Verbrechen beiträgt. Weniger Freiheit bedeutet jedoch nicht mehr Sicherheit! Sie offenbart lediglich die Überforderung der Bundesregierung. Denn die Beschränkungen der Freiheit werden als Kollateralschäden in Kauf genommen. Wir brauchen keine neuen Gesetze und Behörden. Die richtigen Stellen müssen die entscheidenden Informationen haben und daraus die richtigen Schlüsse ziehen. Wir brauchen klare Verantwortlichkeiten, statt sie in informellen Einrichtungen wie dem Terrorabwehrzentrum zu verwischen. Wir Freie Demokraten wollen einen Staat, der dort stark ist, wo er es sein muss. Der Staat muss in der Lage sein, seine Bürger zu schützen, statt sie zu überwachen und auszuspähen.

Mehr Informationen finden Sie auf [fdp.de/denkenwirneu](http://fdp.de/denkenwirneu)

**DENKEN WIR NEU.**